TOP ~~SECRET~~
Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!

„Gefühlte Wahrheit“
vom 08. Oktober 2024.

Mit Max Uthoff,
Antonia von Romatowski,
Katie Freudenschuss,
Matthias Renger und
Timo Wopp

ZDF

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 08. Oktober 2024

(Stand: 09.10.24 15:23 Uhr)

„Sahra als Co-Host" 3
„Checker Max" 11
„Gefühlte Wahrheiten" 12
„Koalitionstherapie mit Merz und Wagenknecht" 20
„Merz landet – Bürgergeld" 25
Impressum 29

Nach oben

Stimmt das denn wirklich, was diese größenwahnsinnigen Besetzer da in der Anstalt verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern – und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig…

„Sahra als Co-Host"

Ich hätte 1000mal lieber mein Leben in der DDR verbracht als in dem Deutschland, in dem ich jetzt leben muss.

Der Ausschnitt mit Sahra Wagenknechts Aussage stammt aus der Sendung „Kennzeichen D" vom 27.07.1994. (ZDF Archiv)

Sie haben doch neulich gesagt, die Politik der Ampel erinnert Sie an die DDR.

Wer die Endzeit der DDR erlebt habe, habe nun eine Déjà-vu, sagte sie unter dem Beifall ihrer Anhänger auf dem Dresdner Schlossplatz. „Man hat den Eindruck, die da oben, die packen es nicht mehr, sie lösen die Probleme nicht mehr. Sie haben kein Konzept, keine Vision, keinen Plan für die Zukunft mehr."

Die Bundesrepublik sei nicht die DDR, aber es gebe Parallelen zwischen 2024 und 1989, sagte Wagenknecht am Rande der Kundgebung der Deutschen Presse-Agentur. „Die politische Distanz und kulturelle Entfremdung zwischen Regierung und Bevölkerung sind enorm. Inkompetenz, übergriffige Politik und Realitätsferne erinnern viele Ostdeutsche an längst überwunden geglaubte Zeiten. Ob Außenpolitik, Migration oder Energiepolitik: die Regierung scheint in einer komplett anderen Welt zu leben."

Link: RedaktionsNetzwerk Deutschland

Nach oben

2012 haben Sie gesagt: Abschiebungen stoppen, Flüchtlingsunrecht abschaffen. (…) Damals waren Sie für das Grundrecht auf Asyl.

“Abschiebungen sind unmenschlich und müssen gestoppt werden (…) alle Menschen müssen die Möglichkeit haben vor Verfolgung und Armut zu fliehen. Aus diesem Grund muss diesem erneuten Ausbau der Festung Europa entschlossen entgegengetreten werden. Die nächste Gelegenheit dazu ist am 5. Juli in Berlin, wo für ein Recht auf Migration und die Wiedereinführung des Grundrechts auf Asyl demonstriert wird.“

Link: Sahra Wagenknecht

Und jetzt wollen Sie Geflüchtete der Verfolgung ausliefern (…) ich bin natürlich dafür, dass verfolgte Menschen Schutz finden, aber das muss ja nicht in Deutschland sein.

“Menschen, die verfolgt werden, müssen Schutz bekommen. Aber sie müssen ihn nicht in Deutschland bekommen.”

Link: TAGESSPIEGEL

2015 waren Sie noch für legale Fluchtwege, damit die Menschen nicht ihr Leben riskieren müssen.

Ich bin dafür, dass es legale Fluchtwege gibt, damit Menschen nicht überhaupt ihr Leben riskieren müssen, so wie das ja zurzeit ist. Das ist ja ein lebensgefährlicher Weg, den diejenigen hinter sich haben, die nach Deutschland kommen. Und insoweit bin ich für ein Grundrecht auf Asyl. Ich glaube, dass wir das aufgrund unserer deutschen Geschichte auch überhaupt nicht rechtfertigen können, das einzuschränken.

Link: Deutschlandfunk

„Noch nicht einmal ein Prozent derer, die einen Asylantrag stellen, haben auch ein Asylrecht.“ Das ist Sahra Wagenknecht 2024.

„Das sehen wir an den Zahlen, noch nicht einmal ein Prozent derer, die einen Asylantrag stellen, haben auch ein Asylrecht“, behauptet die Politikerin.

Link: DERWESTEN

Zitat aus Pressekonferenz anlässlich der Gründung der Partei Bündnis Sahra Wagenknecht am 8.1.2024, ca. Minute 21

Link: Sahra Wagenknecht

Nach oben

Das ist vor allem falsch. Effektiv bekommen 70 Prozent der Asylbewerber Asyl.

Zwischen Januar und August 2023 hat das BAMF über gut 175.000 Asylanträge entschieden. Mehr als 91.000 Personen wurde Schutz zugesprochen, was einer Gesamtschutzquote von rund 52 Prozent entspricht.

Aussagekräftiger ist allerdings die bereinigte Schutzquote. Denn viele Anträge werden ohne inhaltliche Prüfung entschieden. Das ist etwa der Fall, wenn ein Asylantrag zurückgezogen wurde oder ein anderes EU-Land zuständig ist. Zieht man von den bearbeiteten Fällen die "formellen Entscheidungen" ab, kommt man für die Zeit zwischen Januar und August auf eine bereinigte Schutzquote von 71 Prozent.

Link: tagesschau

Nun zur hohen Zahl der vermeintlich Abzuschiebenden: Diese Zahl verzerrt die Realität und ist bewusst irreführend. Denn wenn man von den angeblich circa 262.000 Ausreisepflichtigen die Menschen mit einer Duldung abzieht, bleiben gerade einmal etwas mehr als 51.000 vollziehbar Ausreisepflichtige ohne Duldung übrig. Von diesen stammen am Ende etwas mehr als 19.000 aus einem abgelehnten Asylverfahren, alle anderen sind zum Beispiel Menschen mit abgelaufenem Besuchsvisum und ausreisepflichtige EU-Bürger*innen (BT-DRS 20/8046, Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage von Die Linke).

Link: PRO ASYL

Die Asylstatistik für 2023 zeigt, dass die Hauptherkunftsländer der nach Deutschland geflohenen Menschen weiterhin Staaten mit anhaltenden Kriegen und Konflikten sind. Diesen Menschen steht ein Schutzstatus zu, und entsprechend war die bereinigte Schutzquote mit circa 70 Prozent vergleichsweise hoch. Wenn zur Begründung der GEAS-Reform in der EU proklamiert wird, dass damit die Zahlen der Geflüchteten gesenkt werden, ist dies irreführend: Ein Großteil der Menschen, die in Deutschland und in der EU um Asyl suchen, haben einen anerkannten Fluchtgrund.

Link: PRO ASYL

Link: PRO ASYL

Bereinigte Schutzquote

Nach oben

Die Gesamtschutzquote gibt keine Auskunft darüber, wie viele Asylbewerber tatsächlich schutzbedürftig sind. Denn viele Anträge werden "formell" entschieden, also ohne inhaltliche Prüfung. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Asylantrag zurückgezogen wurde oder ein anderes EU-Land zuständig ist. Zieht man von den bearbeiteten Fällen die "formellen Entscheidungen" ab, kommt man für die Zeit zwischen Januar und August 2024 auf eine "bereinigte" Schutzquote von etwa 62 Prozent.

Link: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Link: MEDIEN DIENST

Nur ein Prozent erhält Schutz nach dem deutschen Asylparagraphen.

Link: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Der (deutsche Asylparagraph) ja aber seit 30 Jahren bedeutungslos ist, weil europäisches Asylrecht gilt.

Karlsruhe stellte also schon damals ausdrücklich fest, dass die deutsche Regelung hinter europäische Vorgaben „zurücktritt“ und „keine Anwendung mehr findet“.

...

Als EU-Sekundärrecht gelten diese Bestimmungen innerstaatlich mit Vorrang und verdrängen im Konfliktfall das entgegenstehende deutsche Recht unter Einschluss der Verfassung. Auch dies ist für Nichtjuristen (und manche Jurastudierende) nicht einfach zu verstehen. Daher auch hier ein BVerfG-Zitat: „Im Anwendungsbereich des Unionsrechts … ist entgegenstehendes mitgliedstaatliches Recht grundsätzlich unanwendbar. Der Anwendungsvorrang folgt aus dem Unionsrecht, weil die Union als Rechtsgemeinschaft nicht bestehen könnte, wenn die einheitliche Wirksamkeit des Unionsrechts in den Mitgliedstaaten nicht gewährleistet wäre.“

Link: Verfassungsblog

Link: Rechtliche Grundlagen der dublin-Verfahren

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Link: Bundesanzeiger Verlag

Nach oben

2012 haben Sie gesagt: „Die Leistungen für Asylbewerber sind viel zu niedrig und lassen ein menschenwürdiges Leben nicht zu.“

Dass Proteste gegen das bestehende Flüchtlingsunrecht Erfolg haben können, hat heute das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gezeigt, in dem das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt wurde. Die darin festgesetzten Leistungen für Asylbewerber sind viel zu niedrig und lassen ein menschenwürdiges Leben nicht zu. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Erhöhung der Leistungen für Asylbewerber muss nun schnellstmöglich umgesetzt werden.

Link: Sahra Wagenknecht

Heute wollen Sie, dass abgelehnte Asylbewerber keinen Cent Unterstützung mehr bekommen.

Sahra Wagenknecht fordert eine Streichung der Leistungen für abgelehnte Asylbewerber. Kein anderes EU-Land zahle den Abgelehnten dauerhaft so viel wie Deutschland, kritisiert sie.

Link: zdfheute

Die Frage ist doch, können wir es dem deutschen Steuerzahler zumuten, abgelehnte Asylbewerber zu finanzieren, ich finde nein!

Dass der Staat nach einer Ablehnung dieselben Leistungen weiterzahlt, ist dem Steuerzahler nicht erklärbar. Nach einer Übergangsfrist sollten Geldleistungen auslaufen, wenn kein Schutzstatus vorliegt.
...

Kein anderes Land in der EU zahle abgelehnten Asylbewerbern dauerhaft so hohe Leistungen wie Deutschland.

Link: zdfheute

Können wir es dem Steuerzahler denn zumuten, eine Abgeordnete zu finanzieren, die bei Dutzenden Sitzungen und Abstimmungen des Bundestages fehlt, weil sie zu sehr damit beschäftigt ist, Nebeneinkünfte von 800.000 € zu erwirtschaften?

Link: tagesschau

Nach oben

Diese Abgeordneten fehlen am häufigsten im Bundestag:
Eine Auswertung zeigt, wie oft sich die Abgeordneten für Sitzungen entschuldigen. Zwei Fraktionen fallen besonders auf, einige prominente Einzelpersonen wie Sahra Wagenknecht auch.

Link: Handelsblatt

Link: Deutscher Bundestag

Aber laut Verfassungsgericht hat jeder, der sich in Deutschland aufhält Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Existenzminimum

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus der Menschenwürde in Verbindung mit dem Sozialstaat-sprinzip entwickelt. Dieses Grundrecht steht deutschen und ausländischen Staatsbürgern, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, gleichermaßen zu.

Es sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen, die für seine physische Existenz zwingend benötigt werden. Dazu gehören Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Hygiene und Gesundheit. Bestandteil des geschützten Existenzminimums sind auch diejenigen Leistungen, die für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.

Die Festlegung der Höhe des ggf. durch Sozialleistungen zu sichernden Existenzminimums hat das BVerfG dem Aufgabenbereich des Gesetzgebers zugewiesen.

Geht es um Leistungen des Bürgergeld s, nach dem Sozialhilferecht oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) , die als monatlicher Festbetrag gewährt werden, muss der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht und aufgrund verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren bemessen, um den Anspruchsumfang zu ermitteln.

Für Bedarfe, die von dem Festbetrag nicht erfasst werden, aber unabweisbar sind und nicht nur einmal auftreten, hat er zusätzliche Leistungsansprüche zu schaffen, damit das E. in jedem Einzelfall gewahrt ist.

Quelle**:** Das Rechtslexikon. Begriffe, Grundlagen, Zusammenhänge. Lennart Alexy / Andreas Fisahn / Susanne Hähnchen / Tobias Mushoff / Uwe Trepte. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. , Bonn, 2. Auflage, 2023. Lizenzausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung.

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Nach oben

Haben Sie deswegen auch Vorbehalte gegen das Bürgergeld?

Das Bürgergeld ist für die, die schuldlos in diese Situation gekommen sind, zu niedrig, und für die, die nebenher schwarzarbeiten oder gar nicht arbeiten wollen, zu hoch. Fast die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind heute keine deutschen Staatsbürger.

Link: TAGESSPIEGEL

Gleichzeitig forderte Wagenknecht mehr Geld für die Qualifizierung junger Menschen. Die Qualifizierungen will Wagenknecht aber nicht als freiwillige, sondern als verpflichtende Programme anbieten. Wird das Angebot nicht wahrgenommen, sollen Sanktionen folgen. „Da ist es dann auch angemessen, dass das entsprechend sanktioniert wird“, sagte Wagenknecht dazu.

Link: kreiszeitung

Sie waren für die Abschaffung der Sanktionen, die Sie heute teilweise befürworten.

Von Übel sind für Wagenknecht die vom Staat verfügten finanziellen Einbußen für Arbeitslose, die sich weigern, eine angebotene Stelle anzutreten. „Ich will zurückkehren, zu den Zumutbarkeitskriterien, die wir früher einmal hatten.“ Ein Arbeitsloser solle ein angebotenes Beschäftigungsverhältnis nur annehmen müssen, wenn es auf einem ähnlichen Niveau wie der früher ausgeübte Beruf liege. „Mit den aktuellen Sanktionen macht sich der Staat zum Helfershelfer der Lohndrücker“, sagte Wagenknecht. Arbeitslose würden so in schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse gezwungen.

Link: welt

Link: Sahra Wagenknecht

Wagenknecht plädierte etwa in der Debatte über das Bürgergeld dafür, junge Menschen, die Qualifizierungsangebote ablehnen, zu sanktionieren – ihnen also das Bürgergeld, das das Existenzminimum sichern soll, zu kürzen. In die gleiche Kategorie fällt ihre Forderung, Leistung für Asylbewerber zu kürzen, um die ihrer Meinung nach ungeregelte Zuwanderung einzudämmen.

Link: JOURNALISMUS VON LINKS

Sie waren für eine generelle Erhöhung der Hartz IV Sätze, die Sie heute beim Bürgergeld ablehnen.

Die von der Bundesregierung geplanten Erhöhungen der Hartz-IV-Regelsätze um 5 Euro jeweils für die Jahre 2017 und 2018 sind der blanke Hohn. Es ist schlimm genug, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind

Nach oben

und trotz brummender Wirtschaft nach wie vor Millionen gar keinen Job finden. Umso wichtiger ist eine soziale Absicherung, die die Menschenwürde garantiert. Statt bei der Berechnung des notwendigen Bedarfs immer wieder zu tricksen, müssen die Hartz-IV-Regelsätze auf 560 Euro monatlich erhöht und demütigende Drangsalierungen abgeschafft werden“,

Link: Sahra Wagenknecht

Als BSW verändert sich die Rhetorik hin zum Image einer Partei der Leistungsträger, die sich von den vermeintlich leistungsunwilligen Nutznießern des Bürgergeld-Systems abgrenzt. Wagenknechts Parteifreund Thomas Geisel, der nun im Europaparlament sitzt, sprach bei der Pressekonferenz zur Parteigründung des BSW im Januar 2024 von einem „Milieu von Kostgängern und Almosenempfängern“. Alleine die Begrifflichkeit zeigt, dass die neue Partei genau jene Spaltung zwischen angeblichen Faulenzern und angeblich Leistungsbereiten, vor der Wagenknecht kurz zuvor noch gewarnt hatte, nunmehr offensiv adressiert.

Link: Populismus und Prekarität – Wie AfD und BSW das falsche Image der „Arbeiterpartei“ konstruieren – DIALOG FORUM | Themen aus Deutschland und Polen (forumdialog.eu)

Sie haben davor gewarnt, Bürgergeldempfänger und Niedriglöhner gegeneinander auszuspielen.

Link: Sahra Wagenknecht

In ihrem Videopodcast „Wagenknechts Wochenschau“ sagt sie zum neu eingeführten Bürgergeld für Bedürftige: „Hartz IV wird wieder härter, auch wenn es einen netteren Namen bekommt.“ In ihren Ausführungen identifiziert sie sich gleichermaßen mit den Menschen im Niedriglohnbereich wie mit den Beziehern der Grundsicherung, die oft durch das System psychisch krank oder in die Schwarzarbeit gedrängt worden seien. „Diejenigen, die hart arbeiten“, dürften sich nicht „einreden lassen, das Geld für Arbeitslose sei in Wahrheit eine soziale Hängematte für Faulenzer“.

Link: Populismus und Prekarität – Wie AfD und BSW das falsche Image der „Arbeiterpartei“ konstruieren – DIALOG FORUM | Themen aus Deutschland und Polen (forumdialog.eu)

Nach oben

Heute warnen Sie vor Sozialmissbrauch und sagen, das Bürgergeld sei unpopulär, weil die Hälfte der Empfänger keine deutschen Staatsbürger seien.

Das Bürgergeld ist für die, die schuldlos in diese Situation gekommen sind, zu niedrig, und für die, die nebenher schwarzarbeiten oder gar nicht arbeiten wollen, zu hoch. Fast die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind heute keine deutschen Staatsbürger. Es gibt offensichtlichen Missbrauch. Das alles hat dazu beigetragen, dass das Bürgergeld extrem unpopulär geworden ist.

Link: TAGESSPIEGEL

Was unterscheidet Sie eigentlich noch von der AFD? (…) Dass wir nicht mit ihr zusammenarbeiten würden – vermutlich.

Sahra Wagenknecht schließt Koalitionen mit der AfD aus

Link: Handelsblatt

„Checker Max“

Hallo, Leute, heute geht`s um irreguläre Migration. Ich check das für euch. Das Wort ist irre, weil es gar keine regulären Fluchtwege gibt. Trotzdem ist es irregulär, Geflüchtete an der Grenze abzuweisen. Sobald der Geflüchtete hier ist, ist jeder, der Schutz sucht, regulär hier. Irregulär ist es, ihn für die Einreise zu bestrafen. Irreguläre Migration ist also irre regulär!

Link: Definition des BAMF

Link: PRO ASYL

Nach oben

„Gefühlte Wahrheiten“

Laut ARD-Deutschlandtrend fühlen sich 44% der Deutschen auf öffentlichen Plätzen oder in Verkehrsmitteln nicht mehr sicher!

„Die innere Sicherheit steht nach dem Anschlag von Solingen einmal mehr im Fokus von Bundes- und Landespolitik, sie gewinnt aber auch auf der Problem-Agenda der Wahlberechtigten an Stellenwert. Zugleich besteht ein ausgeprägt hohes subjektives Unsicherheitsgefühl unter den Bundesbürgern. 44 Prozent und damit mehr als im Juli signalisieren, sich im öffentlichen Raum unsicher zu fühlen.”

Link: infratest dimap

Vier von fünf AfD-Wählern fühlen sich „eher unsicher“ oder „sehr unsicher“.

„Ein "Unsicherheitsgefühl" überwiegt nur bei Anhängern der AfD: Vier von fünf fühlen sich eher unsicher oder sehr unsicher.”

Link: BR24

Die gefühlte Unsicherheit hat sich in den letzten Jahren verdoppelt!

„Fühlten sich zum Beispiel 2012 noch 17,3 Prozent der Menschen in Deutschland im eigenen Wohnumfeld unsicher, waren es nach einer Umfrage des Bundeskriminalamts 2018 deutlich mehr, nämlich 21,4 Prozent – obwohl die Zahl etwa von Wohnungseinbrüchen zurückging.”

Link: Deutschlandfunk

Neue Erkenntnisse zum Sicherheitsgefühl in Deutschland (2017)

Link: MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

44 Prozent und damit mehr als im Juli signalisieren, sich im öffentlichen Raum unsicher zu fühlen. (2024)

Link: infratest dimap

Nach oben

Die Kriminalität hat seit 2014 abgenommen. (…) Haben Sie auch die Zahl der tatsächlich verurteilten Straftäter? (…) Die ist ja noch deutlicher gesunken.

Die Zahl der Verurteilungen ist seit Beginn der Erhebung (2007) von 900 000 Verurteilungen bis zum Jahr 2022 auf 647.347 zurückgegangen, bzw. um 28% gesunken.

In den letzten 10 Jahre der Erhebungen (2012 bis 2022) sind die Verurteilungen von 773.900 auf 647.374 zurückgegangen, bzw. um 16% gesunken.

Die Zahl der (pro Jahr) rechtskräftig verurteilten Straftäter
siehe hier:

Link: Statistisches Bundesamt

Link: statista

Link: Legal Tribune Online

Wenn man von einem Toten pro Krimi ausgeht (…) sind allein bei den Öffentlich-Rechtlichen letztes Jahr 8.372 Menschen ermordet worden.

Link: Täglich serviert

In Wirklichkeit gab es letztes Jahr nur 556 Fälle von Mord und Totschlag

Totschlag § 212 StGB = 342 vollendete Fälle
Mord § 211 StGB = 214 vollendete Fälle
Für die in der Sendung verwendete Zahl wurden die Fälle von Totschlag § 212 StGB und Mord § 211 StGB addiert, also Taten ohne eigenes Zutun des Opfers.

„Der einzelne Fall nach **§ 213 Minderschwerer Fall des Totschlags** wurde nicht dazu gezählt. Voraussetzung für diesen Fall: Der Täter ist durch **zugefügte Misshandlung** oder **schwere Beleidigung** von dem getöteten Menschen zum Zorn gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden."

Link: Bundeskriminalamt

Link: dejure

Nach oben

Der Anteil der Messerattacken bei Raub und Gewaltdelikten ist konstant.

„Der Anteil dieser Messerangriffe bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung lag im Berichtsjahr 2023 mit 8.951 Fällen bei 5,8 Prozent (2022: 5,6 Prozent, 8.160 Fälle), bei Raubdelikten bei 10,9 Prozent (4.893 Fälle; 2022: 11,0 Prozent, 4.195 Fälle).”

Link: Bundesministerium des Innern und für Heimat

„Seit 1. Januar 2020 werden „Messerangriffe“ bundesweit in der PKS als „Phänomen“, d. h. als Information zum Fall erfasst. Aussagen zu Tatverdächtigen sind auf der Basis nicht möglich, da bei einem Fall der Körperverletzung mit „Phänomen Messerangriff“ bspw. auch neben dem bzw. der mit einem Messer drohenden oder handelnden Tatverdächtigen auch unbewaffnete Tatverdächtige erfasst sein können.”

Link: Bundesministerium des Innern und für Heimat

Was hat das jetzt mit Ausländern zu tun? Die werden bei der Messerstatistik gar nicht erfasst.

„Auf die Frage, wie oft Migranten oder Ausländer als Tatverdächtige bei Messerangriffen registriert wurden, schreibt das BKA, dass "Aussagen zu Tatverdächtigen aufgrund der Datenlage nicht weiter möglich" seien. Das heißt, dass in der BKA-Statistik nicht aufgelistet wird, ob die Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund haben.“

Link: BR24

„Seit 1. Januar 2020 werden „Messerangriffe“ bundesweit in der PKS als „Phänomen“, d. h. als Information zum Fall erfasst. Aussagen zu Tatverdächtigen sind auf der Basis nicht möglich, da bei einem Fall der Körperverletzung mit „Phänomen Messerangriff“ bspw. auch neben dem bzw. der mit einem Messer drohenden oder handelnden Tatverdächtigen auch unbewaffnete Tatverdächtige erfasst sein können.”

Link: Bundesministerium des Innern und für Heimat

Link: MEDIEN DIENST INTEGRATION

Nach oben

41 Prozent der Kriminalfälle werden von Ausländern verübt, dabei stellen sie nur gut 15 Prozent der Bevölkerung.

Straftaten: Bundeskriminalamt

Link: tagesschau

Ausländische Bevölkerung in Deutschland (1961 - 2023)
Zahl in Mio. und Anteil an Gesamtbevölkerung in %

Link: Sozialpolitik aktuell

Die Zahl ist irreführend: Dabei sind viele Verstöße gegen Ausländerrecht, die können Deutsche gar nicht begehen. Rechnet man das raus, ist man nur noch bei 34%.

Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße

Link: Bundeskriminalamt

Als kriminelle Nicht-Deutsche zählen auch viele, die gar nicht hier leben: Touristen, internationale Banden. (…). Rechnet man die raus, ist man nur noch bei 31%.

Siehe Tabelle 29, Informationen zur räumlichen Beziehung des Wohnsitzes des nichtdeutschen Tatverdächtigen zum Tatort:

Link: Bundeskriminalamt

Link: Bundesministerium des Innern und für Heimat

Wer als fremd wahrgenommen wird, wird viel häufiger angezeigt!

"Wo mehr kontrolliert wird, wird auch mehr gefunden. Und dass als „fremd“ wahrgenommene Personen öfter von der Polizei kontrolliert werden als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, haben verschiedene Studien und Befragungen gezeigt."

Link: MEDIEN DIENST INTEGRATION

Nach oben

Kriminell wird vor allem, wer arm ist, wenig Bildung hat, jung und männlich ist und keine Perspektiven hat.

„Kriminalitätsfördernde Umstände liegen – da ist sich die Forschung einig – in den jeweiligen Lebensumständen begründet: Vor allem Armut und Bildungsteilhabe sind zentrale Faktoren. Ganz konkret hat man das etwa an einer umfassenden Studie zu Gewaltkriminalität von Schülern und Schülerinnen gesehen: Bei allen Schülern waren der sozioökonomische Status, Bildung, Normen und eigenes Gewalterleben die Faktoren, die Kriminalität begünstigten oder verhinderten. Die Herkunft hat keinen Einfluss, wenn man diese Faktoren berücksichtigt."

Link: MEDIEN DIENST INTEGRATION

Zum Einfluss von kulturellen Faktoren: „Hier zeigt die Wissenschaft aber, dass sich die Einstellungen mit den Generationen angleichen."

Link: MEDIEN DIENST INTEGRATION

Forschungsbericht: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt

Link: KRIMINOLOGISCHES FORSCHUNGSZENTRUM NIEDERSACHSEN E.V.

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Die sind überproportional von Armut betroffen. Und in den letzten zwei Jahren sind nun mal viele junge Männer zu uns gekommen.

„Geschlechter- und Alterszusammensetzung: Herkunftsübergreifend zeigt sich, dass junge Männer häufiger Straftaten begehen als andere Personengruppen. Unter Migrant*innen – insbesondere unter Geflüchteten – sind junge Männer prozentual überrepräsentiert und sind demnach potenziell häufiger in Kriminalitätsstatistiken zu finden. (...)

Auch schwierige Lebensbedingungen erhöhen das statistische Risiko, Straftaten zu begehen. Migrant*innen sind häufiger mit belastenden Lebensumständen konfrontiert als Nichtmigrant*innen. So ist beispielsweise das Armutsrisiko höher und die Möglichkeiten der Teilhabe – z.B. am Arbeitsmarkt –, geringer. Auch Gewalterfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht zählen zu den belastenden Faktoren. (...)
Es gibt Hinweise darauf, dass Angehörige von Minderheiten überdurchschnittlich oft von der Polizei kontrolliert werden und öfter von Opfern angezeigt werden als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft."

Link: MEDIEN DIENST INTEGRATION

Nach oben

„Hier stellen sich Fragen von besseren Integrationsmöglichkeiten und natürlich der bereits wissenschaftlich erwiesenen Benachteiligung von Kindern mit Migrationsgeschichte in Schulen."

Link: MEDIEN DIENST INTEGRATION

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Anerkannte Geflüchtete mit sicherem Aufenthaltsstatus werden nicht häufiger straffällig als Deutsche.

Siehe T61 – Nichtdeutsche Staatangehörige nach dem Anlass des Aufenthaltes:

Link: Bundeskriminalamt

2,53 Millionen Schutzsuchende verfügten Ende 2023 über einen humanitären Aufenthaltstitel und damit über einen anerkannten Schutzstatus

Link: Statistisches Bundesamt

Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht 1970 bis 2023 in Deutschland

Link: Statischtisches Bundesamt

Wer erhält einen humanitären Aufenthaltstitel?

Link: dejure

In den meisten Fällen von Gewalt gegen Frauen kennen sie den Täter persönlich. Ehefrauen sollten sich vor ihren Partnern mehr fürchten als vor Fremden.

Laut Opfer-Tabelle (BKA) sind bei den insgesamt 63 000 betroffenen Frauen

> 43 300 Täter Partner/Verwandte/ Bekannte

Bei Männern ist es anders, sie kennen den Täter in den meisten Fällen nicht persönlich.

Link: Bundeskriminalamt

Link: Bundeskriminalamt

Nach oben

„Wenn Frauen Angst vor Angriffen haben, dann sollten sie sich eher vor ihren Partnern fürchten als vor Fremden. Denn: Sie werden deutliche häufiger Opfer häuslicher Gewalt als von Übergriffen von Fremden.

Das hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer weltweiten Analyse festgestellt."

Link: Süddeutsche Zeitung

GLOBAL STUDY ON HOMICIDE; Gender-related killing of women and girls

"While the vast majority of homicide victims are men, killed by strangers, women are far more likely to die at the hands of someone they know.
A total of 87,000 women were intentionally killed in 2017.
More than half of them (58 per cent) - 50,000 - were killed by intimate partners or family members, meaning that 137 women across the world are killed by a member of their own family every day."

Link: UNODC

Wir bräuchten aber jedes Jahr 1,5 Millionen Zuwanderer, um alle auszugleichen, die wegsterben oder weggehen. Und um unseren Wohlstand zu halten.

„Die „Wirtschaftsweise“ Monika Schnitzer hat als Maßnahme gegen den Fachkräftemangel mehr Zuwanderung vorgeschlagen. „Deutschland braucht 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr, wenn wir abzüglich der beträchtlichen Abwanderung jedes Jahr 400.000 neue Bürger haben und so die Zahl der Arbeitskräfte halten wollen“, sagte sie der „Süddeutschen Zeitung“. „Wir brauchen dringend eine Willkommenskultur. Wenn Intel eine Fabrik in Magdeburg baut und dafür auch ausländische Fachkräfte gewinnen will, müssen die sich dort willkommen fühlen.“

Link: Süddeutsche Zeitung

Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 2023: Sterbeüberschuss 334 897

Link: Statistisches Bundesamt

„Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, gab es im Jahr 2023 rund 1 933 000 Zuzüge und 1 270 000 Fortzüge über die Grenzen Deutschlands (2022: 2 666 000 Zuzüge und 1 204 000 Fortzüge).
Im Jahr 2023 sind rund 663 000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als aus Deutschland fortgezogen.

Link: Statistisches Bundesamt

Nach oben

Da hab ich ein ganz schlechtes Gefühl und der ehemalige Bundespräsident auch. Auf die Frage von Caren Miosga „Sind wir am Ende unserer Möglichkeiten?“ sagte er: Nein natürlich, nicht aber gefühlsmäßig schon.

„Nein, das sind wir selbstverständlich nicht, aber gefühlsmäßig, gefühlt sind wird dort angelangt“.

Link: Joachim Gauck

Link: ARD

Die Mehrheit der Kommunen sagt, ihre Situation sei herausfordernd, aber machbar. Die Situation hat sich gegenüber letztem Jahr deutlich entspannt.

Link: tagesschau

Link: Süddeutsche Zeitung

Ein Reporter der „Zeit“ ist dahingefahren, wo die Bürgermeister sagen: Die Belastungsgrenze ist erreicht. (…) Ich denke mir das nicht aus, aber das war das, was er gefunden hat: In belasteten Gemeinden in Hohenau standen drei Geflüchtete morgens um 6 vor einer Bäckerei. Vor Angst wollte sich die Chefin in ihrer Backstube einschließen.

Link: ZEIT

In Grafenau treffen sich die Asylbewerber abends in kleinen Gruppen im Kurpark und am Busbahnhof. (…) Wie sich herausstellte, nutzen da öffentliche Internet Hotspots, wenn das Guthaben ihrer Handys aufgebraucht ist.

Link: ZEIT

Das wichtigste Thema unserer Zeit. Dutzende von Talkshows, hunderte von Gästen, praktisch nie ein Geflüchteter dabei. 2024 bei Illner, Miosga, Hart aber Fair, Maischberger, aber nur eine Handvoll Menschen die selbst geflohen sind.

Link: Das Erste Caren Miosga

Link: Das Erste Maischberger

Link: ZDF Maybrit Illner

Link: Das Erste HART ABER FAIR

Nach oben

Nach unserer Erhebung für der Jahr 2023/2023 sind regelmäßig Menschen mit Migrationsbiografien vertreten. Menschen, die selbst geflohen sind, also Geflüchtete mit oder ohne Schutzstatus, um die es in der Asyldebatte geht, sind äußerst selten Gäste der Sendungen. Ein Grund dafür, könnte u.a. die Themensetzung der Sendungen sein.

Kritisiert wurde die Themen- bzw. Titelauswahl z.B. im Jahr 2019: „Oftmals würden die Polittalkshows mit reißerischen Titeln wie „Heimat Deutschland – nur für Deutsche oder offen für alle?“ oder „Bürger verunsichert – Wie umgehen mit kriminellen Zuwanderern?“ werben. Inhaltlich würden auf diese Weise Klischees weiter aufgebaut und nicht gebrochen.“

Link: taz

„Koalitionstherapie mit Merz und Wagenknecht“

Wir versuchen das mit dem Koalieren nun schon seit einigen Wochen. (…) Und wo genau hapert’s denn? (…) Vor allem in Thüringen und Sachsen und Brandenburg.

Link: tagesschau

Die CDU, das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und die SPD haben sich am Freitag erneut zu Gesprächen in Dresden getroffen. Von den Beteiligten ist bislang von "Kennenlerngesprächen" die Rede. Sondierungsgespräche oder Koalitionsverhandlungen seien noch nicht geplant. Für den 14. Oktober werde es ein weiteres Treffen zum Kennenlernen geben.

Link: tagesschau

Nach oben

Sie will doch selbst auch nicht regieren! Wollte sie ja schon als Linke nicht.

Die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht hat sich skeptisch zu einer Regierungsbeteiligung der nach ihr benannten Partei auf Landesebene geäußert. »Wir sind angetreten, um die Politik in Deutschland zu verändern. Das ist hauptsächlich auf Bundesebene möglich«, sagte Wagenknecht den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Link: SPIEGEL

Es gebe eine Reihe von Forderungen, „die für uns nicht verhandelbar sind“, betonte Wagenknecht. Dazu zähle die Frage von Krieg und Frieden und die Corona-Aufarbeitung.

Link: Märkische Allgemeine

Und zwar eine Partei der Mitte.

"Wir werden die Mitte der Gesellschaft vertreten"

SWR-Hörfunk-Interview der Woche mit Sahra Wagenknecht vom 01.12.2023

Link: "Wir werden die Mitte der Gesellschaft vertreten" (Sahra Wagenknecht) (sahra-wagenknecht.de)

Im Ergebnis steht das BSW selbst bei den Themen, bei denen es eher rechts zu verorten ist, programmatisch wie rhetorisch ungefähr da, wo auch die Union und große Teile der SPD inzwischen stehen: in der Mitte der Rechten – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Link: JACOBIN

Sie sind in einigen Themen rechtsextrem und in anderen wiederum linksextrem.

Eine Koalition mit dem BSW - auch als potenzielles Gegengewicht zu möglichen Mehrheiten der AfD bei den im Herbst anstehenden Landtagswahlen in drei östlichen Bundesländern - schloss der CDU-Chef jedoch aus:

„Das ist völlig klar, das haben wir auch immer gesagt. Wir arbeiten mit solchen rechtsextremen und linksextremen Parteien nicht zusammen.“

Für Wagenknecht gelte beides, betonte Merz: "Sie ist in einigen Themen rechtsextrem, in anderen wiederum linksextrem."

Link: tagesschau

Nach oben

Sie, Herr Merz, wollten ja mal die AfD halbieren.

Merz will die AfD halbieren

Link: welt

Ich habe die Linke halbiert.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Die Gründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht hat nicht der AfD geschadet, die bei den EU-Wahlen in Sachsen auf fast 38 Prozent, in Thüringen auf 31 Prozent kommt, wohl aber die Linke halbiert. Von zwei Millionen Stimmen für die Linkspartei 2019 ist genau die Hälfte übriggeblieben.

Link: JOURNALISMUS VON LINKS

Die Grünen sind unser politischer Hauptgegner. (…) Ja, die Grünen sind die gefährlichste Partei Deutschland.

CDU-Chef Merz will die politische Auseinandersetzung mit den Grünen verstärken. Sie seien die Hauptgegner in der Bundesregierung. Klare Kante gegen die Grünen - das dürfte nicht allen in der Partei gefallen.

Link: tagesschau

Im Gegensatz zu den Rechten träfen die Grünen in der Ampel Entscheidungen, so die BSW-Chefin. Die Politik sei „undurchdacht“ und „verlogen

Link: TAGESSPIEGEL

Wagenknecht nennt Grüne „gefährlichste Partei“ – Scharfe Kritik von Parteikollegen

Link: welt

Verbrenneraus! (…) Aah! Aufhören!

Friedrich Merz fordert Rücknahme des Verbrennerverbots

Der CDU-Chef spricht sich gegen das ab 2035 geltende Verbrennerverbot aus. Man wisse nicht, welche Mobilität in Zukunft "wirklich umweltneutral" entwickelt werden könne.

Link: ZEIT

Nach oben

Das BSW stellt sich an die Seite von FDP und Union und wettert gegen das Verbrenner-Aus. So werde nur die Industrie und damit auch Wohlstand "vernichtet".

Link: Süddeutsche Zeitung

Selenskij ! (…) Wenn der kommt, bin ich weg!

Sahra Wagenknecht hat das Fernbleiben der Abgeordneten ihrer BSW-Partei während einer Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Bundestag verteidigt.

...

"Ich glaube nicht, dass Selenskyj für die gesamte Ukraine spricht", sagte die BSW-Vorsitzende.

Link: ZEIT

Sahra Wagenknecht spricht bei Maischberger über den Ukraine-Krieg. Dass dort immer noch Menschen sterben, sei die Schuld von Selenskyj.

Link: Berliner Morgenpost

Sie will, dass ich mich verführen lasse, mit Putin ins Bett steige und zu einem Liebesdiener Russlands werde.

Sobald „über Krieg und Frieden Verabredungen getroffen werden, **die uns zu Liebedienern Russlands machen wollen** und unsere Bindung an die Nato und die USA in Frage stellen, ist die Grenze überschritten“, sagte er der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nach Angaben vom Freitag.

Link: „Reden muss man“: Merz definiert klare Grenzen für Gespräche mit BSW in Thüringen und Sachsen (tagesspiegel.de)

Nach oben

Ich koaliere nur unter der Bedingung, dass sich die Landesregierungen gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland aussprechen.

Unverhandelbar sind für Wagenknecht auch die Thematisierung von Waffenlieferungen an die Ukraine und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Die Länder müssten die Bundesregierung auffordern, in der Ukraine "auf Diplomatie, statt immer nur auf Waffen zu setzen", sagte die BSW-Chefin. Die Landesregierungen müssten "auch eine klare Position zur Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen beziehen, die zwei Drittel der Menschen im Osten ablehnen". Diese Position gehöre "in die Präambel des Koalitionsvertrags". Auf eine Bundesratsinitiative gegen die Stationierung besteht Wagenknecht hingegen nicht.

Link: ZEIT

Sie entscheiden doch aber in Thüringen nicht darüber, ob wir in Deutschland Raketen stationieren. (…) Mag sein, aber ich bestehe darauf, zumindest in der Präambel zum Koalitionsvertrag festzuhalten, dass wir keine Raketen stationieren.

Über den Bundesrat, die so genannte Länderkammer haben die Bundesländer einen gewissen Einfluss auf Außenpolitik, sofern ein Gesetz zustimmungspflichtig für den Bundesrat ist.

ABER:

Die Länderkammer hat 69 Stimmen, verteilt auf die 16 Bundesländer und gewichtet nach deren Einwohnerzahl. Für Beschlüsse des Bundesrats braucht es zumindest die absolute Mehrheit von 35 Stimmen. Sie müssen mobilisiert werden, wenn ein Gesetz zur Abstimmung steht oder ein eigener Gesetzentwurf oder Entschließungsantrag beschlossen werden soll. Thüringen und Sachsen, wo das BSW möglicherweise bald in den Landesregierungen sitzen wird, haben jeweils vier Stimmen.

Das Gleiche gilt für Brandenburg. Die Länder müssen ihre Stimmen immer einheitlich einsetzen, ein Splitting ist nicht vorgesehen. Kann eine Koalitionsregierung auf Landesebene in konkreten Sachfragen keine gemeinsame Linie finden, enthält sich das Land üblicherweise bei den einschlägigen Abstimmungen im Bundesrat.

Link: Berliner Morgenpost

Die Landesregierungen müssten "auch eine klare Position zur Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen beziehen, die zwei Drittel der Menschen im Osten ablehnen". Diese Position gehöre "in die Präambel des Koalitionsvertrags". Auf eine Bundesratsinitiative gegen die Stationierung besteht Wagenknecht hingegen nicht.

Link: ZEIT

Nach oben

Also ich muss schon sagen, dass ich es empörend finde, Sie wissen, doch, dass ich seit Jahren vor diesen immer skurrileren Minderheiten warne. Menschen mit einer seltsamen sexuellen Orientierung, die sich zum Opfer machen und damit unangreifbar.

Wörtlich schrieb Wagenknecht: "Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu lenken, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein." Als Beispiel für solche "Marotten" nennt sie sexuelle Orientierung, Hautfarbe und Ethnie. Arme Menschen, die lediglich "weiß und hetero" seien, würden dagegen den angeblich begehrten Opferstatus nicht erhalten.

Link: Queer

Vielleicht liegt hier der Grund für meine geringen Attraktivitätswerte im Segment der Frauen unter dreißig.

Link: stern

„Merz landet – Bürgergeld“

Und jetzt reden wir endlich mal über den Unsinn, den Sie beim Thema Bürgergeld verzapfen: „Es gibt 1.7 Millionen, die nicht arbeiten, weil sie sich ausrechnen, dass sich das nicht lohnt.“

„Wir reden über die 1,7 Millionen arbeitsfähigen Menschen in Deutschland, die arbeiten könnten, aber sich ausrechnen, dass es sich eigentlich gar nicht lohnt, wenn man Bürgergeld bezieht. Und an dieser Stelle, sagen wir: Das müssen wir ändern.“

Link: ARD MOMA

In Wahrheit stehen nur 235.000 Bürgergeldempfänger*innen tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Keine Arbeitserlaubnis, keine Kinderbetreuung, die falsche Ausbildung.

“Unterm Strich bleiben lediglich 1,7 Millionen Menschen, die theoretisch einer Erwerbsarbeit nachgehen könnten, davon allerdings nur 235000 ohne Vermittlungshemmnisse, die dem Arbeitsmarkt theoretisch voll zur Verfügung stehen.”

Link: Blätter

Nach oben

Und hier noch so ein Kracher: „in jedem zweiten Betrieb sagen die Mitarbeiter: Ich gehe jetzt ins Bürgergeld, weil arbeiten sich nicht lohnt“. Ich hab den Scheiß geglaubt, und hab gekündigt, jetzt sitz ich hier mit meinen 563 Euro Bürgergeld.

Zitat BT Rede Merz 11.9. Deutscher Bundestag

Deswegen schaffen wir das Bürgergeld ab und geben Ihnen „einen Grund zum Aufstehen“. Sagt unser Arbeitsminister in NRW, Karl Josef Laumann.

Link: Merkur

Videoausschnitt Carsten Linnemann bei Illner: **„eine Familie, einmal mit drei Kindern, einer arbeitet Vollzeit, Geringverdiener, der hat, wenn er arbeiten geht, 880 Euro weniger, als wenn er das Bürgergeld bekommt. Das ist nicht meine Politik und hat mit sozialer Marktwirtschaft gar nichts, aber auch rein gar nichts mehr zu tun.“**

Maybrit Illner, 3.11.2022, hier Ausschnitt via Linnemanns Facebook Account: facebook

Und das hat mit der Wahrheit gar nichts, aber auch rein gar nichts zu tun. Die Studie, auf die sich Ihr Carsten bezog, war grottenfalsch, die musste zurückgezogen werden, aber er hat das nie korrigiert. Jemand, der arbeitet, hat immer mehr Geld, als jemand der nicht arbeitet und nur Bürgergeld bezieht.

Nach weitreichender Kritik an der Berechnung und Methodik hat das IWF Kiel die Studie selbst korrigiert

Link: PORTAL SOZIALPOLITIK

Link: IFW Kiel

68 % der Deutschen glauben, dass Bürgergeldbezieher genauso gut oder besser dastehen, als ein vierköpfiger durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt.

„Im diskutierten Fall der vierköpfigen Familie, die auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, ziehen selbst im Vergleich zu einer Familie, in denen beide Eltern durchschnittliche Einkommen beziehen, nur 20 Prozent die Bilanz, dass die Arbeitnehmerfamilie finanziell bessergestellt sei; 30 Prozent sehen die Familie, die von staatlicher Unterstützung lebt, im Vorteil, weitere 38 Prozent keine nennenswerten Unterschiede.“

Link: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nach oben

Es gibt keine einzige Konstellation in der Geringverdiener weniger haben als Bürgergeldbezieher. Wer arbeitet, hat im Schnitt über 500 Euro mehr.

Link: PORTAL SOZIALPOLITIK

Link: Deutschlandfunk

Link: Hans Böckler Stiftung

Wenn man wie Sie über 80.000 im Monat macht, wird man für 500 Euro vermutlich nicht vom Sofa aufstehen.

Friedrich Merz sagt, er kommt auf geschätzt eine Million Euro im Jahr

Link: ZEIT

Und Herr Spahn (…) sagt, Bürgergeldempfänger hätten genauso viel Einkommen wie Durchschnittsverdiener - dabei haben die bis zu 2.000 Euro mehr.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) hatten Paare mit Kindern im Jahr 2018 ein Haushaltseinkommen von 5.490 Euro im Durchschnitt vorzuweisen - netto. Deutlich mehr also als die 2.311 Euro, die Spahn genannt hat. Brutto lag das Haushaltseinkommen bei 7.435 Euro"

Link: tagesschau

Wenn Jens Spahn rechnen könnte, hätte er bei seiner 5 Millionen Villa auch nicht 200.000 Euro draufgezahlt.

Er hat 200 000 Euro Verlust beim Verkauf seiner Villa gemacht:

Link: SPIEGEL

Wissen Sie, wer mit Geld umgehen kann? Das sind Bürgergeldempfänger. Wir müssen mit 18 Euro 50 auskommen am Tag.

563 Euro/Monat : 30 Tage = 18,50 Euro

Link: Die Bundesregierung

Nach oben

Aber wo geht das denn alles hin! Die Sätze wurden doch gerade erst um 12 Prozent erhöht. (…) Das ist doch eine Erhöhung, von der ein normaler Arbeitnehmer nur träumen kann.

Seit 2015 ist sogar der miserable Mindestlohn stärker gestiegen als das Bürgergeld.

Link: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Ich habe das Gefühl, 563 Euro sind zu viel. So wie 82% meiner Wähler auch. Die fänden es gut, das Bürgergeld um 20 Euro zu kürzen.

Link: Berliner Morgenpost

Link: KONTEXT

Mir bleiben gerade 6,42 Euro pro Tag für Ernährung.

Link: Frankfurter Rundschau

Ich sanktioniere Sie als Totalverweigerin, von denen gibt's eh viel zu viele. Carsten, wie viele? (…) 100 000! Denen werden wir das Bürgergeld komplett streichen.

Link: SPIEGEL

Es sind nur 16.000! 80 Prozent der Sanktionen erfolgen nicht wegen Arbeitsverweigerung, sondern wegen versäumter Termine.

Link: tagesschau

Es ist doch erwiesen, Sanktionen bringen nicht mehr Menschen in Arbeit, sie demotivieren und demütigen nur die Betroffenen.

Hauptwirkung sind Einschüchterung und Stigmatisierung

Link: Sanktionsfrei

Wie sagte Frau Weidenfeld vom Spiegel: Bringen wird das nichts, notwendig ist es trotzdem, um die Beschäftigten bei der Stange zu halten.

Link: SPIEGEL

Nach oben

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de
Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:
Intendant
Dr. Norbert Himmler

Nach oben